

Die Krise der heutigen Parteien

Parteien sind ursprünglich in der Mitte des 19. Jahrhunderts als Form der Klassenrepräsentation entstanden: Warst du ein Arbeiter warst du in der S(A)PD, warst du Landwirt, warst du in der Deutschen Zentrumspartei usw. Die Parteien waren dann Organisationen, die sich für dein Klasseninteresse eingesetzt haben.

Dieses klare Selbstverständnis der Parteien bestand bis in die 60er Jahre, bis langsam aber sicher der unpolitische Begriff der sozialen Schichten immer weiter den Klassenbegriff ersetzte. Das Problem an diesem Begriff ist, dass soziale Schichten als objektive Gesellschaftsstrukturen gesehen werden, die keine eigenen politischen Impulse geben.

Die Folgen davon kann man meiner Meinung nach besonders gut an der SPD sehen.

Das Selbstverständnis der SPD wechselte sich langsam aber sicher von einer Interessenvertretung der Arbeiterklasse, hin zu einer universellen Vertretung aller Schichten, wobei aber gleichzeitig die Verankerung zu den breiten Massen und speziell den Unterschichten immer weiter verloren ging.

In den 90er vollzog sich dieser Wandel dann vollends in der sogenannten 'Neue Mitte'-Ära der SPD.

Die 'Neue Mitte'-Ära hatte das Ziel, die SPD als moderne und wirtschaftsfreundliche Partei zu positionieren, um eine breitere Wählerschaft anzusprechen.

Das hatte zum Beispiel die allseits beliebte Agenda 2010 zur Folge, aber auch, dass die Unterscheidung zwischen Links und Rechts bei den Parteien immer schwieriger wurde. Bis auf bei Kulturkämpfen lässt es sich heute nur noch schwer unterscheiden, ob relevante, wirtschaftliche Positionen nun von der SPD, der CDU oder sonst irgendeiner Partei geäußert werden.

Parteien treten immer stärker als technokratische Verwalter des Staatsapparats auf und nicht als Interessenvertretung der einzelnen Klassen. Wang Hui, einer der bekanntesten Vertreter der Neuen Linken Bewegung in China, schreibt hierzu in seinem Aufsatz 'Repräsentationsbruch und Post-Parteien-Politik': 'Die Parteienpolitik wandelt sich gerade oder hat sich bereits in eine Staatsparteienpolitik umgewandelt, das heißt in eine Struktur der Staatsgewalt.'

Es lässt sich heute kaum noch eine politische Bewegung in Parteien finden, die eine klare Agenda vertritt. Die Ausreden für das Brechen von jeglichen Prinzipien reichen dann von Bauchschmerzen über Sachzwänge bis hin zu sogenannter Realpolitik.

Während die SPD in ihrer Anfangszeit noch stark in Massenbewegungen, wie dem Hamburger Hafenarbeiterstreik 1896/97 mitwirkte, ist sie, wie alle anderen großen Parteien, mehr und mehr dazu verkommen, nicht mehr in Massenbewegungen mitzuwirken, sondern nur noch alle 4 Jahre aus den heiligen Regierungshallen zu treten um ihre WählerInnen zu mobilisieren.

An den Mitgliedszahlen der Parteien lässt sich der Wandel weg von den Massen gut erkennen: Waren im Jahre 1990 noch 2,5 Mio Menschen Mitglied einer Partei, hat sich heute die Zahl auf 1,1 Mio Menschen halbiert.

Auch die Wahlbeteiligung der Klassen liegt heute weit auseinander: Während ca. 37% der ArbeiterInnen nicht wählen gehen, sind es bei GroßunternehmerInnen nur 4%. Aber warum sollten die ArbeiterInnen auch wählen gehen, wenn es keine bekannte Partei gibt, die sich konsequent für ihre Klasseninteressen einsetzt.

Dass dies alles zu Unmut führt und ein Einfallstor für Faschisten ist, ist klar.

Es muss also eine politische Debatte darüber geführt werden, ob man zu dem Klassenbegriff zurück kehrt, oder ob und wie man Parteien so umstrukturieren kann, dass sich alle Bevölkerungsschichten real in den Parteien und die Debatten einbringen können, damit wir weg von der Technokratisierung und hin zu einem Demokratisierungsprozess kommen.